

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 61 (1974)
Heft: 20: Christliche Erziehung konkret

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Pestalozzi-Stiftung: 222 Jugendlichen Ausbildung ermöglicht

Die Pestalozzi-Stiftung hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 222 Jugendlichen – Mädchen und Burschen – aus 15 Bergkantonen und Kantonen mit Berggebieten Stipendien im Gesamtbetrag von 375 155 Franken ausbezahlt, im Durchschnitt 1690 Franken je Stipendiat. Die je gesamte Ausbildungszeit eines Stipendiaten durch die Stiftung zugesprochenen Unterstützungen betragen zurzeit im Durchschnitt 4930 Franken.

ZH: Umstrittener Lehrstuhl

Der Zürcher Regierungsrat hat im Zürcher Kantonsrat seinen Entschluss verteidigt, PD Dr. Walter Schaufelberger zum Extraordinarius mit beschränkter Lehrverpflichtung für Allgemeine und Schweizerische Kriegsgeschichte an der Philosophischen Fakultät I der Universität Zürich zu bestimmen, eine Wahl, die bereits am 17. Juli 1974 getroffen worden ist. Wenige Tage vor dieser Wahl war von sozialdemokratischer Seite eine Interpellation eingereicht worden, in welcher die Schaffung einer solchen Professur kritisiert wurde.

Die Regierung vertritt in ihrer Antwort auf die Interpellation die Auffassung, ein halbes Extraordinariat für das Gebiet der Allgemeinen und der Schweizerischen Kriegsgeschichte lasse sich auch aus finanziellen Überlegungen rechtfertigen. Sie weist den Vorwurf entschieden zurück, von militärischer Seite sei bei der Wahl ein Druck ausgeübt worden, und gibt ihrem Erstaunen darüber Ausdruck, mit welcher Leichtfertigkeit derartige, die «Integrität der beteiligten Instanzen tangierende Vermutungen in Umlauf» gesetzt würden.

BE: Diplomierte Gewerbelehrer

Am Schweizerischen Institut für Berufspädagogik in Bern haben erstmals 23 Kandidaten der allgemeinbildenden Richtung das Eidgenössische Gewerbelehrerdiplom in Empfang nehmen dürfen. Ihr Vollzeitstudium hatte vier Semester gedauert. Gleichzeitig schloss der zweite Jahrgang mit 24 Kandidaten der berufskundlichen Richtung sein Studium mit der Diplomprüfung ab. Die neuen Gewerbelehrer stammen aus elf Kantonen der deutschen Schweiz.

LU: Kritik am Luzerner Hochschulmodell

«Universität ja, aber nicht so» – mit dieser Stellungnahme will die Landesring-Fraktion des Lu-

zerner Grossen Rates die öffentliche Diskussion über die Zentralschweizer Hochschule Luzern in Gang bringen. Die Landesring-Fraktion, so wurde an einer Pressekonferenz ausgeführt, sei nicht gegen eine Universität, im Hinblick auf Bedürfnis, Struktur, wirtschaftliche Aspekte und Finanzierung aber gegen das in der Botschaft des Regierungsrates vorgeschlagene Modell. Die vorgelegte Konzeption mit drei Schwerpunkten und acht Fachbereichen sei ein Rumpfbau mit wenig Möglichkeiten zum gezielten Abschluss in einem bestimmten Fachbereich. Sie entspreche nicht einer Universität, sondern einer Hochschule mit drei Hauptinteressenbereichen (Ökologie, Sozialbeziehungen und Lehrerbildung), die nur teilweise berechtigt und deren Zielsetzung zu ungenau sei.

Die Landesring-Fraktion könne nur eine Hochschule Luzern mit einer gegenüber dem vorgeschlagenen Modell verbesserten und präzisierten Studienplanung und mit einer echten Ausstrahlung auf das zentralschweizerische Kultur- und Wirtschaftsleben unterstützen. Sie ruft Politiker und Planer auf, das finanzielle Wagnis einer Hochschulgründung durch eine überzeugendere Gestaltung des Luzerner Modells zu rechtfertigen, und er klärt sich bereit, dabei mitzuhelfen. Die Botschaft soll in der Oktobersession des Grossen Rates behandelt werden.

LU: Knappe Zustimmung zur Oberstufenreform

Nach einer ausgiebigen und harten, aber weitgehend sachlichen Diskussion nahm der Grosse Rat mit dem knappen Resultat von 66 zu 52 Stimmen in zustimmendem Sinne vom Bericht des Regierungsrates über die Reform der Volksschuloberstufe und die Neugestaltung der Schulkreise Kenntnis. Damit kann die Planung im bisherigen Sinne vorangetrieben und verwirklicht werden. Die Oberstufenreform umfasst das 7. bis 9. Schuljahr und bezweckt die Vergrösserung der Chancengleichheit für die Schüler. Dieses Ziel soll durch die Zusammenfassung der Hilfsschule, der Oberschule, der Sekundarschule und des Untergymnasiums in regionale Schulzentren angestrebt werden. Durch zwei Postulate wurde die Regierung verpflichtet, über die Fortschritte der Planung und den finanziellen Aufwand bis 1978 einen weiteren Bericht an den Grossen Rat zu verfassen.

UR: Urner Sekundarschul-Aspiranten werden «besser»

Wie dem Urner Schulblatt entnommen werden

kann, zeitigten die Aufnahmeprüfungen für die Sekundarschulen ein besseres Resultat als letztes Jahr. Von 652 Prüflingen erreichten 404 den geforderten Durchschnitt von 4,2, was einem Prozentsatz von rund 63 Prozent entspricht. Die Vorjahresquote lag noch bei 59 Prozent.

UR: Zwölf Gemeinden mit 8. obligatorischem Schuljahr

Im August 1975 läuft die Einführungsfrist für das obligatorische 8. Schuljahr ab. Die Gemeinden sind zur Einführung gesetzlich verpflichtet. Allerdings braucht es dafür keinen Gemeindeversammlungsbeschluss mehr, wie dies bei der vorzeitigen Einführung der Fall war.

SZ: Ehrenvolle Berufung für Schwyzer Seminardirektor

Der Schwyzer Seminardirektor, Dr. Theodor Bucher, ist zum Studienleiter der Abteilung Pädagogik und Psychologie an die Paulus-Akademie in Zürich berufen worden. Dr. Bucher wirkt seit 1957 als Direktor am kantonalen Lehrerseminar in Rickenbach-Schwyz, wo er im Rahmen der Lehrerbildung einschneidende Reformen verwirklicht hat. So zählen dazu die Aufgliederung in Unter- und Oberseminar sowie das Wahlfachsystem. Seit einigen Jahren zeichnet er auch für die Oberleitung der Zweigseminarien Altdorf und Pfäffikon verantwortlich. Besondere Verdienste hat er sich auch in der Lehrerbildung der Schweiz erworben, wo er in Fachkreisen als eigentlicher Pionier gewirkt und Beachtung gefunden hat.

Während seiner Tätigkeit als Direktor des Lehrerseminars Schwyz hat Dr. Bucher auch verschiedene pädagogische Publikationen verfasst, so unter anderem die bekannte Schrift «Die Lehrerbildung im Umbruch der Zeit» oder etwa das Buch «Pädagogik der Massenkommunikationsmittel». Seminardirektor Dr. Bucher wird sein neues Amt im Frühjahr 1975 antreten.

OW: Höherer Schulgeldbeitrag für Obwaldner Mittelschüler

Der Obwaldner Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat den Entwurf zu einer neuen Verordnung über Schulgelder und Gebühren für Obwaldner Mittelschüler. Ziel der Vorlage ist es, von allen Obwaldner Mittelschülern, die im Kanton Obwalden oder im Kanton Luzern eine Kantonsschule oder ein Seminar besuchen, ein einheitliches Schulgeld von neu 500 Franken zu erheben. Verlangen der Kanton Luzern oder die Stiftsschule Engelberg für den Besuch ihrer Schulen je Obwaldner Mittelschüler vom Kanton Obwalden ein höheres Schulgeld bzw. einen höheren Betriebsbeitrag, so übernimmt er den Differenzbetrag. Bisher forderte der Kanton von ex-

ternen Schülern der Kantonsschule in Sarnen ein Schulgeld von 240 Franken. Einen gleich hohen Schulgeldbeitrag hatten die externen Obwaldner Schüler der Stiftsschule Engelberg zu tragen. Aufgrund des Konkordates betreffend den Besuch der Kantonsschulen und Seminarien des Kantons Luzern durch Schüler aus den Kantonen Obwalden und Nidwalden zahlt der Kanton je Obwaldner Kantonsschüler 2500 Franken und je Seminarist 3000 Franken als jährlichen Betriebsbeitrag an den Kanton Luzern. Aufgrund der neuen Verordnung soll deshalb auch von diesen Schülern ein Schulgeldbeitrag von 500 Franken eingefordert werden.

NW: Eine tragbare Lösung

Vertragsgemäss sichert das Kollegium St. Fidelis in Stans dem Kanton jährlich 90 Studienplätze für Schüler mit Wohnsitz in Nidwalden zu. Für jeden dieser Schüler bezahlt der Kanton pro Schuljahr 1500 Franken. Nicht zuletzt der rapide gestiegenen Schülerzahl wegen (gegenwärtig sind es 130), benötigt das Kollegium grössere Beiträge. In seinem Bericht an den Landrat schlägt nun der Regierungsrat folgende Lösung vor: Jedem Schüler aus Nidwalden, der die vereinbarte Zahl der reservierten 90 Plätze übersteigt, gewährt der Kanton für das Schulgeld pro Jahr ein Stipendium von 3000 Franken.

ZG: 501 Schulklassen im Zugerland

Wie aus einer Mitteilung der Zuger Erziehungsdirektion hervorgeht, wird im kürzlich begonnenen Schuljahr 1974/75 in gesamthaft 501 Schulklassen Unterricht erteilt. In diesen Zahlen sind die Volksschulstufe und die Kindergärten erfasst. Noch im Vorjahr waren nur 459 Klassen registriert worden (Zunahme um 9,1 Prozent). Den grössten Zuwachs verzeichneten Baar mit acht, Cham, Hünenberg und Steinhausen mit sieben sowie Zug und Risch mit je drei neuen Abteilungen. In diesen Zahlen sind die nichtsubventionierten Privatschulen mit insgesamt 37 Schulabteilungen der verschiedensten Stufen der Volksschule nicht eingerechnet.

SO: Wer entscheidet über die Lehrerbesoldung?

Das solothurnische Erziehungsdepartement hat die Vorschläge für eine Totalrevision des Lehrerbesoldungs-Gesetzes den interessierten Kreisen zur Vernehmlassung unterbreitet. Als wichtigste Änderungen gehen verschiedene Kompetenzen vom Stimmbürger auf den Kantonsrat, zum Teil auf den Regierungsrat über. Das Solothurner Volk betrachtet solche Neuerungen als Abbau der Volksrechte und steht ihnen traditionsgemäss sehr skeptisch gegenüber.

AG: Das Strukturmodell der aargauischen Hochschule

Die geplante aargauische Hochschule für Bildungswissenschaften, die 1975 der politischen Beratung unterstellt wird, soll in zwei Abteilungen gegliedert werden, die sich einerseits mit der wissenschaftlichen Lehre, andererseits mit Forschungsaufgaben beschäftigen, jedoch eng zusammenarbeiten. Vorgesehen sind in einer «zweiten Ebene» die vier Fachbereiche Pädagogik, Psychologie, Soziologie und Philosophie. Dies geht aus dem Strukturmodell hervor, das der Gründungsausschuss der Vorbereitungsstufe der Hochschule dieser Tage verabschiedete.

Besondere Aufgaben wie Studentenberatung, Evaluation, Hochschuldidaktik sollen einer der beiden Hauptabteilungen zugewiesen werden. Als Stabsstelle der Gesamthochschule sind, wie in einem Communiqué erklärt wurde, zentrale Dienste vorgesehen; dazu gehören die Administration, die Datenverarbeitung, die Bibliothek und die Belange der kurzfristigen Planung.

Eingehend hat sich der Gründungsausschuss zusammen mit dem Regierungsrat des Kantons Aargau an einer gemeinsamen Sitzung über weitere Vorgehen ausgesprochen. Danach soll das Hochschulprojekt Aargau im kommenden Jahr den politischen Instanzen zur Beratung und Beschlussfassung übergeben werden, worauf Anfang 1976

die Volksabstimmung über das Vorhaben stattfinden soll.

AG: Kein Experimentierfeld auf dem Schulsektor

Der Kanton Aargau dürfe nicht zum Experimentierfeld auf dem Schulsektor werden, führte der aargauische Erziehungsdirektor, Regierungsrat Dr. Arthur Schmid, an der Kantonalkonferenz der Aargauer Lehrerschaft in Zofingen aus. Reformen müssten nach Massgabe der verfügbaren Kräfte und Mittel erfolgen, erklärte der Sprecher. Er teilte mit, dass die Klassenbestandsreduktion weiterhin vorgenommen würde – die entsprechende Sistierung ist aufgehoben –, und zudem seien auch einige Einschulungsklassen bewilligt worden.

Der Präsident der Konferenz, Herr Dieter Deiss (Sulz), wies auf die verschiedenen Neuerungen des vergangenen Jahres hin, so auf die Einführung des Instrumentalunterrichts an der Real- und der Sekundarstufe, des Französischunterrichts an der Realstufe, des erweiterten Fremdsprachenunterrichts an der Sekundarschulstufe usw. Die Schulreform müsse sich auch auf die Lehrerbildung erstrecken, führte der Referent aus.

Abschliessend sprach Prof. Dr. Kurt Pahlen über die Probleme Südamerikas, und von seiten der sozialistischen Lehrergruppe wurde eine Streitschrift verlesen, die von André Froidevaux verfasst worden war.

Umschau

Lehrerschaft für gemässigte Kleinschreibung

Das Ergebnis der Umfrage bei der KOSLO

	Anzahl der Antworten	Frage I			Frage II			Frage III		
		ja	nein	leer	ja	nein	leer	ja	nein	leer
AGLB	5	5			5			5		
IMK	177	161	16		125	41	11	153	23	1
KLVS	198	180	18		186	12		132	66	
KSO	200	188	12		186	14		146	54	
SLV	510	423	83	4	403	106	1	354	154	2
SSK	166	140	22	4	130	34	2	144	22	
VLKB	75	57		18	52	2	21	55	7	13
SVHS	524	475	49		465	54	5	390	129	5
VSG (VSI)	93	70	21	2	64	24	5	73	19	1
Total KOSLO	1948	1699	221	28	1616	287	45	1452	474	22

Und dazu der Kommentar von Dr. L. Jost in der SLZ (Nr. 39):